

# Der Steinmetz

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinzeile 1. — Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postkassentkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 27

Sonnabend, den 4. Juli 1925

29. Jahrgang

### Der Kampf um die Zollvorlage.

Die von der Regierung eingebrachte kleine Zollvorlage ist im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag beraten worden, sie ist in diesen Tagen dem Reichstag zur ersten Lesung zugegangen. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten, obwohl erst wenige Wochen verfloßen sind, seitdem er überhaupt in vollem Umfange eröffnet worden ist.

Es ist nötig, bevor man sich mit der Vorlage im einzelnen befaßt, auf diese Taktik der Regierung, auf diesen Versuch, die Zollgesetze mit allen Mitteln durchzusetzen, immer wieder hinzuweisen. Obwohl beispielsweise der Reichswirtschaftsrat seit mehr als einem halben Jahre immer wieder von der Regierung verlangt hat, daß ihm endlich die Vorschläge der Regierung zur eingehenden Beratung unterbreitet würden, hat die Regierung die Eröffnung der öffentlichen Diskussion immer wieder hinausgezögert. Erst am 19. Mai ist der Gesetzentwurf über Zolländerungen, die sogenannte kleine Zollvorlage, dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange, nämlich einschließlich der wichtigsten Positionen, der Zölle auf Lebensmittel, vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verspäteten Vorlage legte nun aber das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das äußerste zu beschleunigen. In seinem offiziellen Bericht über die Ergebnisse seiner Beratungen beklagt sich der verstärkte Zolltarifausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über dieses Drängen der Regierung. Während der Reichswirtschaftsrat den Wunsch gehabt hatte, sich mit der Angelegenheit ganz ausführlich zu befassen, hat der Zolltarifausschuß den an ihn gestellten Anforderungen der Regierung in nur vier Sitzungen genügen müssen. Obwohl vor allem durch das energische Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider in ziemlichem Umfange erreicht.

Dieselbe Taktik, die Beratungen mit allen Mitteln zu beschleunigen und damit die Möglichkeiten einer gründlichen Prüfung zu verkürzen, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Auch hier wird sie auf den entschlossenen Widerstand vor allem bei den Vertretern der Arbeiterchaft stoßen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Reichstag seine Zustimmung in einer so wichtigen und für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Angelegenheit gibt, ohne daß alle Mittel zu einer gründlichen Prüfung vorher anwendbar wurden.

Das offensichtliche Bestreben der Regierung, eine solche Prüfung zu verhindern, spricht bereits sehr gegen den sachlichen Wert ihrer Vorlage. Wenn wir uns diesen Gesetzentwurf zunächst in seiner Gesamtheit ansehen, so erkennen wir sehr bald seinen wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des fast lückenlosen Hochschutzes. Der Zoll ist lückenlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie (Rohseifen!) und der Landwirtschaft (Futtermittel!). Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lückenlosen Zollschutz aller Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgeprägter Hochschutz, denn gegenüber den gewöhnlich schon nicht niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen, vorgelesen, und bei einzelnen Erzeugnissen, wie zum Beispiel bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Motorölen, beträgt der neue Zollsatz sogar das Zwanzigfache der Vorkriegszeit.

Da, wie wir gesehen haben, die Regierung den parlamentarischen Körpern allzu wenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat und noch weiter zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet worden und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das genaue Gegenteil festzustellen. Wie überaus dürftig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaften gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harms, hat bei seiner Bernehmung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt: „Wissenschaftlich ist diese Vorlage Makulatur“, und Professor Bedmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist und daß sie verdient, daß deshalb der Zoll durchfällt.

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung hineingeworfen werden soll, ohne daß man den entscheidenden Körpern genügende Zeit zur gründlichen Prüfung läßt, und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fest übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt widerlaufend bezeichnet wird. Die wackeren Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Die Reichsregierung und vor allem der Reichsernährungsminister, Herr Graf Kanitz, scheinen vor ihnen keinen allzu großen Respekt zu haben. So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineintaumelt, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut und daß vor allem den Massen der Verbraucher unerträgliche Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Taschen zu füllen, wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser historischen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, wieder einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Klasse berufen und imstande: die organisierte Arbeiterchaft und die organisierten Massen der Verbraucher. Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Angelegenheit nicht übers Knie gebrochen wird und daß die von der Regierung immer wieder labortierte gründliche Prüfung und eingehende öffentliche Diskussion jetzt endlich erfolgt. Sie müssen, wenn es nottut ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Ermahnung über den beabsichtigten Raubzug weniger mächtiger Groß-

produzenten einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermüdlich aufklären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden und daß sie es sehr bald auf das allerhandgreiflichste am eigenen Leibe und im eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft entscheidet. Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressenten bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken und wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür seien kurz einige Zahlen angeführt. Allein die Agrarzölle, die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1½ Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je kinderreicher die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelzölle den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 Mk. jährlich belasten werden, einer Extraausgabe, die natürlich an andern Ausgaben, und wenn sie noch so nötig sind, gewaltsam erspart werden muß. Daß für die Arbeiterchaft keinerlei Aussicht besteht, diese Sonderbelastung durch Lohnerhöhung abzuwälzen, dafür dürfte durch die Ergebnisse aller Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutliche Beweis geliefert worden sein.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftspresse, an dieser Aufklärungsarbeit mit allen Kräften mitzuwirken. Aus diesem Grunde sollen alle wichtigen Fragen des zur Beratung stehenden Zolltarifes, in erster Linie natürlich immer wieder die Lebensmittelzölle, und ebenso alle wichtigen Entscheidungen, die sich aus der weiteren parlamentarischen Behandlung nach ergeben können, an dieser Stelle eingehend und von sachkundiger Seite erörtert werden.

### Zoll und Arbeitslohn.

(Steigende Dividende, sinkende Löhne.)

Man versucht neuerdings wieder, Arbeitern und Angestellten die Hochschutzzölle durch die Behauptung schmachtlich zu machen, daß Zölle höhere Löhne ermöglichen. Diese Behauptung ist so alt wie der Schutzzoll selbst und ebenso falsch und gefährlich wie dieser. Die Wissenschaft hat sie schon seit Jahrzehnten als Lüge festgestellt und abgetan. Gelegentlich der Kämpfe um die Bülowzölle (1900 bis 1902) veröffentlichte der bekannte Professor Heinrich Diegel eine Untersuchung in den „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“ die sinkende Löhne als Folge des Zolls und der steigenden Preise nachweist.

Professor Diegel untersucht in seiner genannten Arbeit die Beziehungen zwischen Kornpreis und Landarbeiterlohn. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, daß der vorhandene Boden in seiner Ertragsfähigkeit durchaus verschieden ist. So unterscheidet er vier Böden und zwar den Boden 1. Güte, der durchschnittlich 8 Zentner, den Boden 2. Güte, der 7 Zentner, und den Boden 3. Güte, der 6 Zentner Ertrag bringen soll. Der 4. Boden, von dem Diegel annimmt, daß er bis jetzt nicht bebaut wird, soll 5 Zentner Ertrag bringen. Nehmen wir, in Anlehnung an die Diegelsche Berechnung, einen Getreidepreis von durchschnittlich 10 Mk. für den Zentner an, so stellen sich die gelblichen Erträge für Boden 1 = 80 Mk., für Boden 2 = 70 Mk., für Boden 3 = 60 Mk., und für Boden 4, wenn er bebaut wird, = 50 Mk. Ob der Boden 4 bebaut werden kann, hängt von den Betriebsunkosten, also von dem Arbeitslohn und den andern Auslagen ab, die wir im Verlauf unserer Untersuchung der Einfachheit halber als Arbeitslohn bezeichnen wollen. Diegel nimmt in seinem Beispiel an, daß dieser Arbeitslohn, in Korn ausgedrückt, 5½ Zentner beträgt. Diese 5½ Zentner Korn entsprechen bei einem Kornpreis von 10 Mk. für den Zentner genau einem Arbeitslohn von 55 Mk. Die Rente, d. h. der Verdienst des Unternehmers ergibt sich nun aus dem Unterschied zwischen Arbeitslohn und Ertrag. Danach können wir folgendes feststellen:

Boden	Unterschied zwischen Lohn und Ertrag	Rente
1. Güte	8 Zentner — 5½ Zentner 80 Mark — 55 Mark	24 Zentner 25 Mark
2. Güte	7 Zentner — 5½ Zentner 70 Mark — 55 Mark	1½ Zentner 15 Mark
3. Güte	6 Zentner — 5½ Zentner 60 Mark — 55 Mark	½ Zentner 5 Mark
4. Güte	5 Zentner — 5½ Zentner 50 Mark — 55 Mark	Verlust von ½ Zentner Verlust von 5 Mark

Die Böden 1, 2 und 3 sind rentabel, denn sie bringen Gewinn. Anders steht es mit Boden 4, der bei einem Getreidepreis von 10 Mk. für den Zentner nur mit Verlust bebaut werden kann. Er ist unrentabel und wird nicht bebaut. Steigen nun durch den Kornzoll die Getreidepreise, z. B. auf 12 Mk., so wird auch der Boden 4 rentabel, wenn man ihn unter Pflug nimmt. Voraussetzung ist allerdings, daß der Arbeitslohn nicht steigt. In diesem Sinne sind ja neue Zölle stets die Ursache zu Arbeitskämpfen und Erhöhtungen der Wirtschaft gewesen. Steigt der Arbeitslohn aber entsprechend dem Getreidepreis, was aber unbedingt erforderlich ist, da die Verteuerung des Brotes ja auch den Handarbeiter trifft, so kommt eine Rente nicht in Betracht. Die Produktionssteigerung durch Zoll ist schon deshalb eine durchaus zweifelhafte Sache. Nimmt man nun an, daß das Unternehmertum eine Lohnerhöhung verhindern kann, so tritt als Folge des gleichbleibenden Nominallohnes, das ist die Summe Geld, die der Arbeiter für seine Arbeitskraft erhält, und des steigenden Brotpreises eine Verminderung des Reallohnes ein, d. h. für den gleichgebliebenen Nominallohn kann sich der Arbeiter nach der Preissteigerung durch den Zoll nicht mehr dieselbe Menge Waren kaufen, wie vorher. Zahlenmäßig sieht der Zusammenhang wie folgt aus:

Vor dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mk. bei einem Kornpreis von 10 Mk. = 5½ Zentner Korn.  
Nach dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mk. bei einem Kornpreis von 12 Mk. = 4½ Zentner Korn.

Unser Landarbeiter erhält also für 55 Mk. nicht mehr 5½ Zentner Getreide, sondern nur 4½ Zentner. Sein Reallohn ist um 1½ Zentner gefallen. Damit verschiebt sich die Grundlage für die Rente. Es ergibt sich folgendes Bild:

Boden	Unterschied zwischen Lohn und Ertrag	Rente
1. Güte	8 Zentner — 4½ Zentner 96 Mark — 55 Mark	3½ Zentner 41 Mark
2. Güte	7 Zentner — 4½ Zentner 84 Mark — 55 Mark	2½ Zentner 29 Mark
3. Güte	6 Zentner — 4½ Zentner 72 Mark — 55 Mark	1½ Zentner 17 Mark
4. Güte	5 Zentner — 4½ Zentner 60 Mark — 55 Mark	½ Zentner 5 Mark

Der den Warenpreis steigende Zoll hat also zur Folge: 1. Senkung des Reallohnes, 2. Steigerung der Unternehmerrente. Die vielgerühmten Wohltaten des Zolls sind in Wirklichkeit nur eine Verminderung der Arbeitslöhne.

Unser Beispiel lehnt sich zufällig, weil wir als Unterlage das klassische Beispiel Prof. Heinrich Diegels zugrunde legen, an den landwirtschaftlichen Betrieb an. In jedem andern Beruf läßt sich aber dieselbe Feststellung machen, da die Lohnhöhe im Grunde genommen sich nach der Rente der Betriebe mit wenigstem Gewinn, d. h. nach den sogenannten Grenzbetrieben richtet. Der Zoll erhält sie, die von Natur aus unrentabel sind, lebensfähig und drückt so den Arbeitslohn.

Deshalb fort mit dem Zoll, der die Löhne senkt und die Dividende steigert.

### Abbau des Gewerkschaftsrechts.

Der hauptsächlichste Erfolg der Arbeiter 1918 war die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat. Diese Anerkennung folgte nicht um der schönen Augen der Arbeiter willen, sondern sie war das Ergebnis der jahrzehntelangen Vorarbeit der Arbeiter, die sich aus eigener Kraft zur allgemeinen Vertretung ihrer Interessen Gewerkschaften geschaffen hatten.

Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung bestimmt, daß die heidenecklichen Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt werden. Artikel 159 gewährleistet uneingeschränkte Vereinigungsfreiheit. Die Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 verleiht die Tariffähigkeit auf Arbeiterseite nur den Vereinigungen von Arbeitnehmern, und z. B. die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 läßt die Verabredung laufender Mehrarbeit nur durch Tarifvertrag zu.

Diese Regelung bedeutet die Durchsetzung des Kollektivismus, sie ist die Anerkennung der Arbeiter als Klasse im Staate mit dem Rechte, ihre Verhältnisse mit der Unternehmerklasse auf kollektiver Grundlage selbständig zu ordnen, während der Staat Mindestschutzbestimmungen zu schaffen hat, und im übrigen die Verabredungen der Parteien anerkennt, gewissermaßen mit gesetzlicher Wirkung ausstattet.

Auf diese Weise ist den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, den Unternehmern gleichberechtigt gegenüberzutreten. Der Besitz der Finanzen und der Produktionsmittel in den Händen der Unternehmer bedeutet eine natürliche Macht gegenüber dem einzelnen Arbeiter, die dadurch ausgeglichen werden soll, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft durch den Zusammenschluß in Gewerkschaften ebenfalls zu einem Machtfaktor werden lassen kann, der der Unternehmermacht gleichwertig ist. Unternehmer oder Unternehmervereinigungen einerseits und Gewerkschaften andererseits müssen sich nunmehr über die Bedingungen der Arbeitsverhältnisse einigen und verständigen. Der Unternehmer kann dem einzelnen Arbeiter nicht mehr wie früher meist ungünstige Arbeitsbedingungen unabänderlich vorschreiben.

So weit sind wir heute. Diese Fortschritte wirken sich nicht von allein aus, sondern sie können nur wirksam werden, wenn die Arbeiter sich nun auch förmlich zusammenschließen, wenn sie alle Gewerkschaftsmitglieder sind. Ohne diese Voraussetzung steht der Kollektivismus immer nur auf dem Papier. Die Unternehmer können sich also nicht beschweren, daß der Staat etwa die Arbeiter bevorzugt. Der Staat hat vielmehr nur seine selbstverständliche Pflicht getan, auch für die Arbeiter alle Hemmungen gesetzlicher Art zur Auswirkung ihres Einflusses zu beseitigen.

Daneben gibt es noch wie vor unzählige einzelne, nicht auf einem Tarifvertrag beruhende Arbeitsverträge und auch betriebsweise Abreden. Nur haben diese nicht die Wirkungen der von Gewerkschaften geschlossenen Tarifverträge; sie können durch Tarifverträge jederzeit verdrängt oder von den Unternehmern aufgehoben bzw. verschlechtert werden, ohne daß der Schutz des Tarifvertrages gegeben ist oder eine starke Gewerkschaft dahintersteht.

Eindeutig ist also herbeizuführen, daß gegenwärtig noch die Gewerkschaften und die von ihnen geschlossenen Tarifverträge allein die auf kollektiver Grundlage gesetzlich anerkannten Sicherungen der Arbeiter darstellen, was auch vollkommen mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt. Denn ohne Macht kein Recht. Das gilt allgemein, also auch unter dem Kollektivismus. Wenn es da keine starken Gewerkschaften gibt, dann kommen auch keine guten Tarifverträge und damit keine guten Arbeitsverträge zustande.

Trotzdem ist es den Unternehmern ein Dorn im Auge, daß der Staat so selbstverständliche Pflichten auch gegenüber den Arbeitern erfüllt und diese nicht hindern will, sich selbst zu helfen. Daher kämpfen die Unternehmer gegen das sogenannte Monopol der Gewerkschaften zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, das tatsächlich nur dann ein Monopol ist, wenn es die Arbeiter freiwillig wollen, also Gewerkschaftsmitglieder sind. Die Unternehmer wollen mit derselben Wirkung wie mit den Gewerkschaften auch mit den Besessenen oder mit den Betriebsräten Lohn, Urlaub, Arbeitszeit usw. regeln. Die Betriebsräte sind keine Macht ebenjowenig die Besessenen, nach dem alten berühmten Grundlag: Teile und herrsche! wollen die Unternehmer die Arbeiterbewegung auseinanderreißen. Das können sie nur, wenn es sich die Arbeiter gefallen lassen, aber auch die Gesetzgebung steht, wie wir nachgewiesen haben, dem entgegen.

In Broschüren, in Geschäftsberichten, in Eingaben an die Regierungen verlangen die Unternehmer den Abbau des Kollektivismus. Der Tarifvertrag und die Betriebsvereinbarung sollen gesetzlich gleichgestellt werden, damit die Unternehmer ihre Rünfte

gingehend spielen lassen können. Jetzt bietet sich dazu eine willkommene Gelegenheit. Das erst durch die Verordnung von 28. Dezember 1918 vorläufig geregelte Tarifrecht soll endgültig in einem Tarifvertragsvergleiche in absehbarer Zeit eine Neuordnung erfahren. Diese ist aus verschiedenen Gründen auch nach Ansicht der Arbeiter notwendig, da die Abgrenzung des Begriffes der Gewerkschaften, der Tariffähigkeit, die Sicherung der Unabhängigkeit und der Durchführung der Tarifverträge dringend erforderlich ist. Aber man will nun anscheinend mit allerlei Verschleierungen unklarer Festlegungen auch gleichzeitig die Gleichstellung der Betriebsvereinbarung erreichen.

Dagegen müssen sich die Arbeiter wehren. Es kann sich für sie nicht mehr darum handeln, daß man mit dem einzelnen Arbeiter im Arbeitsvertrag die Arbeitsbedingungen regelt oder vielmehr vorschreibt. Auch das kann den Arbeitern nichts helfen, daß der Gesetzgeber die Abreden von Belegschaften für diese bindend gestaltet. Denn diese beiden Formen sind kein Kollektivismus, sie reißen die Arbeitskraft nach Individuen auseinander und stellen den Vorkriegszustand mehr oder weniger wieder her. Die alleinige Anerkennung aller Arbeiter als Klasse, soweit dieselben durch Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft darauf Wert legen, muß erhalten bleiben, die Gewerkschaften allein sollen Tarifverträge mit gleichlicher Wirkung schließen dürfen. Was die feiner Gewerkschaft angehörigen Arbeiter machen, muß nicht die Sorge des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts sein. Das wird sich in der Praxis schon regeln. Wo zu viele gleichgültige Arbeiter vorhanden sind, wird der Kollektivismus sowieso unanwendbar sein und dazu zwingen, durch Aufklärung wieder eine kollektive Grundlage zu schaffen.

Jede andere Absicht der Regierung bedeutet Abbau des Gewerkschaftsrechts und damit Abbau des Arbeiterrechts. Die Arbeiter müssen der Regierung beizugehen ein Halt! auf diesem Wege zusetzen. Das beste Mittel ist die Zuführung aller Arbeiter zu den Gewerkschaften. Das ist auch ein unbedingt sicheres Mittel; denn dann fehlen der Regierung und den Unternehmern alle Argumente. Noch sind die Erziehungsinstitutionen der Revolution vorhanden. Es liegt an uns, sie uns zu erhalten! npl.

### Ein lomischer „Stein“-Kauz in Schlefien.

Kommt da vor einigen Wochen ein ziemlich corpulenter und elegant gekleideter älterer Herr in einen Granitbetrieb des Striegauer Bezirkes. Unsere dortigen Kollegen waren nicht wenig überrascht, als dieses spießbürtige Gambirusebenbild nach clownhafter Einleitung, sich plötzlich als Nachfolger des bisherigen Gauleiters vorstellte und dabei den staunenden Kollegen erzählte, daß man den Schweinehund von einem Gauleiter zum Teufel gejagt habe, da doch dieser alleine nur Schuld daran sei, daß die Löhne so niedrig und die Arbeitszeit so lang sei. Er, der neue Gauleiter, werde aber nunmehr dafür sorgen, daß all dem abgeholfen werde, da er ja ein ganz anderer Kerl wäre, als der zum Teufel gejagte bayrische Dickschädel. In dieser und ähnlicher Form geht die Choje weiter und zur Befriedigung dessen, daß man es im Kreise habe, alles zu ändern, läßt der „Neue“ den ohnedies schon verblüfften Kollegen einige Hundermarkscheine vor der Nase tanzen, die sich später allerdings als verfallene Inflationshunderter entpuppten, wie mir ein Freund des Frohen versichert. Den stützigen Kehlen etwas für die Speicheldrüsen hinterlassend, verschwindet dann der Pseudogauleiter, wie unsere Kollegen annehmen, deshalb, weil das Ergaunten der Kollegen in etwas anderes überzugehen schien und letzteres ihm wohl etwas deutsch ab- oder zuträglich zu werden besuchten ließ. Und wahrhaftig, es wäre bestimmt nicht Bier gewesen, was ihm bei längerem Verweilen verabreicht worden wäre. Ein unerdientes Glück war es für den „neuen“ Gauleiter, daß er diese Einführungskomödie ausgerechnet in einem Betriebe steigen ließ, in dem sich zufällig kein Kollege befand, der die Profile der schlesischen Steingewaltigen beherrschte, sonst würden sich bestimmt Hilfskräfte gefunden haben, um den Träger der Hauptrolle so zu stützen, das aus der Komödie eine Tragödie geworden wäre. Allzuviel hätte dabei nicht stamm gezogen werden brauchen, denn die Steinindustrie nährt ihre — Direktoren — gut. Für diesmal bleibt es mir deshalb erspart, mein Beileid auszusprechen.

Da wir jetzt weder in der Karnavalszeit leben, noch gerade den 1. April datieren, dürfte es angebracht sein hinzuzufügen, daß obiges nicht erträumt, erfunden oder erlogen ist, sondern sich tatsächlich zugegetragen hat. Der nichtschlesische Leser dieser Zeilen wird nun wohl fragen, welchen Narren diese Kappe paßt. Hierauf könnte

man antworten, fragt jeden beliebigen schlesischen Unternehmer oder Arbeiter der Steinindustrie Schlesiens und jeder bei Lohnverhandlungen usw. beteiligt Gewesene wird ohne langes Besinnen die richtige Kappe weite und das dazu gehörende nebst Vor- und Zunamen nennen können, denn leider oder auch „Gott sei dank“, je nach eigenem Humor, haben wir in Schlefien nur ein Exemplar solcher Abnormität. Trotzdem oder gerade deshalb will ich diesen Herrn noch näher bezeichnen, vor allem um zu vermeiden, daß sich andere um die Kappe streiten.

Es ist derselbe Herr, der heute Schnaps und Wurst per Auto in seinen Betrieb bringt, um beides an seine „wahnsinnig“ hoch verdienenden Arbeiter zu verteilen, wobei natürlich die nötige Würze nicht fehlt, morgen aber schon dieselben Arbeiter mit „echt teutscher“ Ausdrücken bedient, wie z. B.: Schweinehund, ihr be! ... mich, Ar. ... Wöher, hau Dich in die Presse, Kerle usw. Es ist derselbe, der Familienväter aus den Betrieben jagt, wenn sie sich erdreisten, die tarifliche Arbeitszeit zu fordern, oder andere Kollegen zur Beachtung der Tarife anhalten, derselbe, der nach dem Urteil seiner Angestellten über Leiden geht, der seinen Vetter für verrückt erklärt und stiftlos entläßt, weil dieser sich seinen Allmachtsgefühlen nicht recht beugen will, wie es die übrigen angestellten Puppen tun, derselbe Herr, der die Arbeitgeber, die beim letzten Abschluß des Reichsarbeitsvertrages beteiligt waren, als „Juden“ bezeichnet, derselbe Herr, der in „echt teutscher“ Brutalität gegen die Juden im allgemeinen und die „jüdische Steinindustrie“ im besonderen, vom Leder zieht (dadurch die von den Unternehmern gewünschte Autorität der Arbeitgeber fördernd), um im nächsten Moment den eben ankommenden jüdischen Fremdbesarmen entgegen zu fallen. Nicht der Menschenfresser Dante, sondern ein Oberregierungsrat war es, der diesen selben Herrn als den „Angenehmsten“ bezeichnete. Dante würde sicher anders geurteilt haben.

Kurz und gut, es war, wie nicht anders zu erwarten, Herr Direktor Max Köhler in Wiesa bei Greiffenberg, der Vorsitzende des Basaltbundes, Gemeindevorsteher von Wiesa usw. Direktor nicht von Gottes Gnaden, wie seine Angestellten zu glauben scheinen, sondern nur von der Firma Giesches Erben. Wäre es ein anderer, was allerdings nicht denkbar ist, würde ich die mir zugelegten Beleidigungen, wie Schweinehund, Kerl usw. anderweitig behandeln lassen, so aber mag es vorläufig genügen, ihn meinen Kollegen sowie den Unternehmern unserer Industrie mit kurzen Worten vorgestellt zu haben, als das was er ist, ein „echt teutscher Held“ (letzteres mit der z. Zt. aktuellen Betonung) mit aufgeblähter Hemdenbrust, oder wie der Schlefier sagt: „Einer mit Armet!“

Sollte Herr Köhler auch an anderen Orten solche oder ähnliche Gastrollen geben und das ist bei der wichtigen Rolle, die dieser im Reichsverband der deutschen Plaster- und Schotterindustrie spielt, sehr leicht möglich, dann bitte ich die Kollegen, nicht nur an Unterzeichneten zu berichten, sondern ihm die Kartentappe richtig zu verpassen. F. Senft, Gauleiter.

### Herr v. Borfig auf dem Kriegspfade.

Die ungeheuer scharfe Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet naturgemäß ihren Niederschlag auch in der Presse. Da ist eine Polemik interessant, die zwischen dem Reichsarbeitsminister Brauns einestseits und dem Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände von Borfig andererseits geführt wurde. Diese Polemik beweist vor allem, daß die Unternehmerverbände nicht nur mit der ganzen Schwere ihrer angeleglichen Argumentationen gegen die Gewerkschaften anzukämpfen versuchen, sondern auch gegen diejenigen Personen, die deren Stellung im Wirtschaftsleben zu stützen suchen.

In einem Artikel „Fragen der Lohngestaltung“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hatte sich der Reichsarbeitsminister mit dem Lohnproblem auseinandergesetzt. Herr Dr. Brauns versuchte dort zwischen Forderungen der Unternehmer und der Arbeiter die mittlere Linie zu finden. Bezüglich der sozialpolitischen Seite des Lohnproblems äußert sich Dr. Brauns u. a. folgendermaßen: „Innerhalb der für die verschiedenen Berufe und der zu verschiedenen Zeiten ungleich großen Spannen des wirtschaftlich Möglichen muß man allerdings dem Arbeitnehmer bei der Lohngestaltung so weit wie irgend möglich entgegenkommen. Zu keiner Zeit und nirgends sind Armut und Elend geeignete Voraussetzungen für die Steigerung der Kultur, für die Hebung der menschlichen Werte gewesen. ... Der Krieg und die Folgejahre haben ein gut Teil Gesundheit und Arbeitskraft wie auch die bestehenden wirtschaftlichen

Rücklagen der Arbeitnehmer aufgezehrt. ... Um so mehr kommt es darauf an, hier den Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer müssen in den Stand gesetzt sein, sich und ihren Familien wieder eine hinreichend kräftige Nahrung zu sichern, ihre Bekleidung und Wohnung berechnigten Wünschen wieder anzupassen, ihre Arbeitskraft wieder herzustellen und zu sichern, auch seelisch wieder vom schlimmsten Druck frei zu werden.“

Dr. Brauns erinnert wieder an die Maßnahmen, die Kaufkraft zu steigern, die Preise auf ein angemessenes Maß zu senken. Dabei denkt er der Ueberspannung des Kartellgedankens und stellt fest, daß von einer fühlbaren Preislenkung keine Rede sein könne. „In solchen Situationen ergibt sich die Erhaltung des Reallohnes.“ Nach dem Dr. Brauns auf die Notwendigkeit der Ergiebigkeit der Wirtschaft durch Qualitätsarbeit hingewiesen und diese nur von einer der schlimmsten Sorgen entlasteten Arbeiterschaft geleistet werden könne, verweist er auf die Wirkung hoher Arbeitslöhne bei der Stärkung der inneren Kaufkraft, die der Wirtschaft doch wieder zugute komme. Zum Schluß verteidigt der Reichsarbeitsminister die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die bekanntlich den Unternehmern besonders ein Dorn im Auge sind.

So selbstverständlich eigentlich solche Äußerungen sind, so bezeugen sie doch bei den Unternehmern dem stärksten Widerspruch. Und so fühlt sich der Vorsitzende der Unternehmerverbände, Herr von Borfig, in höchst eigener Person verpflichtet, auf den Artikel des Herrn Dr. Brauns zu antworten. Was Herr von Borfig in seinem Artikel („Der Arbeitgeber“ vom 1. Juni) an Argumenten gegen Brauns vorbringt, hat wirklich nicht den Reiz der Neuheit. Eigenartig an seiner Antwort ist nur der Ton, den er gegenüber dem Reichsarbeitsminister anzuschlagen beliebt. Die Behauptung des Herrn von Borfig, daß die deutschen Löhne gegenüber dem Friedensniveau um 150 Prozent gestiegen seien, wurde bereits in einer scharfen Entscheidung der letzten Bundesauschussung des DGB zurückgewiesen. Bezeichnend ist an dieser Behauptung des Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände noch, wenn er diese Lohnentwicklung „unmittelbar auf wesentliche Mißgriffe in der Politik des Reichsarbeitsministeriums“ zurückführt. Die Hebung der Inlandskraft durch Steigerung der Löhne nennt Herr von Borfig ein gefährliches Schlagwort. Dagegen vertritt er die These, daß „nicht durch Steigerung der Nominallöhne, sondern durch die Bildung von neuem Kapital, d. h. also in erster Linie von der Produktionsseite und nicht von der Konsumentenseite aus die Kaufkraft gesteigert“ werden könne. Dann fährt Herr von Borfig fort: „Wir sind durch die Ausblutung des deutschen Wirtschaftskörpers nun einmal in die unendlich schwierige Lage gekommen, daß wir, selbst mit Verzicht auf gewisse Lebenshaltungsbedürfnisse und Kulturentwicklungen (!), zunächst einmal die Quelle, von der das deutsche Volk sein Einkommen schöpft, neu speisen müssen, d. h. das Kapital neu bilden und vermehren müssen. Daß man die Bildung von neuem Kapital endlich als die allererste Pflicht der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik anerkannt hat, ist ein gewaltiger Fortschritt, den das gesamte Volk der derzeitigen Regierung zu danken hat.“

Mit dem letzten Satz wird nicht ungeschickt versucht, einen Gegenatz zwischen Brauns und seinen deutschnationalen Regierungskollegen zu konstruieren. Auch diese lehren bei jeder passenden Gelegenheit die Phrase herunter, daß die Kapitalbildung über den Weg der Unternehmerrgewinne neu vorgenommen werden müsse. Demgegenüber gibt es doch, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Kapitalquellen der Vorkriegszeit vor allem in der Sparkraft der breiten Masse der deutschen Bevölkerung lagen. Die 20 Milliarden betragenden Bestände der deutschen Sparkassen und die 6,5 Milliarden Bestände der deutschen Versicherungsgesellschaften in der Vorkriegszeit, waren die Sammelbecken, von wo aus die Wirtschaft mit Betriebskapital gespeist wurde. Auch von den 10 Milliarden, die die Banken als Depositen vermalten, entstammten große Teile der Sparkraft der breiten Masse. Wenn man also soweit von der Bildung von Neukapital faselt, dann sollte man erkennen, daß hier der Hebel anzusetzen ist, und die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder in den Stand gesetzt werden, Spargelder anzusammeln. Der Grund zur Kapitalnot liegt nun einmal zum großen Teil daran, daß die deutschen Sparkassen heute nur erst den zehnten Teil ihrer ehemaligen Bestände zur Verfügung haben. Entweder man kennt diese Dinge nicht oder man behauptet etwas wider besseres Wissen.

Zum Schluß rennt Herr von Borfig gegen die Schlichtungsinstanzen an. „Dem Wirtschaftsgelehrten, daß mit Zunahme der Reservearmee der Arbeitslosen die natürliche Korrektur zu hoher Löhne eintritt, legt sich die amtliche Lohn- und Schlichtungspolitik

### Vom Büchsenmeister zum Verbandskassierer.

Eine wesentliche Aufgabe zur Erhaltung der organisatorischen Kraft ist die Führung der gewerkschaftlichen Kassengeschäfte. Das gilt für die modernen Organisationen der Arbeitnehmererschaft wie es für die Organisationen der früheren Zeiten gegolten hat. Daß der Verbandskassierer einer modernen Organisation jedoch eine andere Aufgabe zu bewältigen hat als der Kassierer der Organisationen aus der ersten Geschichte der Organisationsbewegung und daß der heutige Apparat zur Erhaltung der finanziellen Kraft der Organisation mit der primitiven Regelung des Kassensystems vergangenere Zeiten nicht verglichen werden kann, ist natürlich. Aber auch die grundsätzliche Wesensverschiedenheit der modernen Gewerkschaftsorganisationen von den Organisationen aus der Zeit ihrer ersten Werdung kommt gerade im Kassensystem klar zum Ausdruck. Die modernen Organisationen, zu denen sich die wirtschaftlich Abhängigen verbunden haben, sind Kampforganisationen. Sie erstreben die soziale und kulturelle Hebung der Lage der Arbeitnehmererschaft. Sie suchen, im Gegensatz zum Unternehmertum, das keine eigenen Klasseninteressen in einseitiger Entscheidung wahr, die Lebensinteressen der Arbeitnehmer zu vertreten, ob sie Kopfs- oder Handarbeiter sind, und sie suchen damit die Entwicklung des sozialen Rechts herbeizuführen.

Solch ein Aufwärtstreben zu sozialem Neuen kannten die Brüderschaften des Mittelalters, von denen wir etwas über das Kassensystem wissen, nicht. Diese proletarischen Organisationen suchten nur von Fall zu Fall die Erhaltung des Bestehenden und hatten im übrigen die Aufgabe, die Mitglieder in Fällen der Not zu unterstützen, eine Aufgabe, die von den modernen Organisationen gewiß auch, doch nicht als das Wesentliche ihrer Existenz, erfüllt wird. Dafür gibt es heute besondere Organisationen, die Kranken- und Unfallkassen usw. Damit muß dieser Wesensunterschied notwendigerweise im Kassensystem zum Ausdruck kommen.

Die älteste Notiz, die das Kassensystem dieser mittelalterlichen Brüderschaften betrifft, finden wir aus dem Jahre 1389. Da wird von einem Büchsenmeister der Weberbrüder gesprochen, der die Büchse, die Kasse, der Brüderschaft zu verwalten hatte. Die weiteren Nachrichten über das Kassensystem der Brüderschaften stammen aus dem 15. Jahrhundert.

Aus diesem Jahrhundert ist uns ein Statut erhalten, das in besonderer Weise die Kassengeschäfte regelt und uns einen Einblick einmal in die primitive Geschäftsführung und dann in den Unterschiedscharakter jener Organisationen gibt.

Der Büchsenmeister wurde nach diesen Artikeln alle halbe Jahre gewählt. Wer die Wahl ablehnte, hatte ein halbes Pfund Wachs als Strafe zu zahlen. Er mußte die Wahl annehmen, wie sehr er sich auch kräufte, „doch vorbehaltlich der Zustimmung der Meistererschaft“. Das Fehlen des Kampfcharakters kommt in dieser Bemerkung deutlich zum Ausdruck.

Wie wurden die Beiträge nun vom Verbandskassierer erhoben? Der Büchsenmeister mußte alle 14 Tage herumgehen, den „Wochenpfennig“ zu sammeln. Aber er sollte „bei der Gelegenheit nichts aus der Büchse verzehren“. Wer dem Büchsenmeister 2 Pfennige schuldig blieb, der mußte 2 Pfennige Strafe zahlen. Außer dem üblichen Verbandsbeitrag mußte jeder zu Fronfasten einen Pfennig in die Verbandskasse zahlen. Wer neu in die Stadt zugezogen

war, brauchte 14 Tage nicht zu zahlen. Dann aber begann seine Beitragszahlung, nachdem er zuvor als Einlage „2 Pfennige Stuhlrecht“ gegeben hatte. Wer dann Stuhlrecht und Wochenbeitrag dem Büchsenmeister nicht gezahlt hatte, der durfte nicht länger in der Stadt arbeiten.

Bei ihrem Tode mußten die Büchsenmeister ihre Rechnung vor der Gesellenversammlung ablegen und bei ihrem Tode durften sie nicht mehr als einen Schilling aus der Büchse nehmen. Auch mußten sie beides, daß sie von jedem den Verbandsbeitrag gefordert hatten. Im ganzen Rechnungswesen gab es also nichts Schriftliches, was bei den kleinen Organisationen, deren Mitglieder sich kannten, auch leichter möglich war. Von diesem Verbandsgehalte hatte der Büchsenmeister dann die Kranken-Gesellen zu unterstützen, die Spitalkosten aufzubringen und die Begräbniskosten zu tragen. „Wenn die Gesellen gegen die Meister vor Gericht gehen wollen“, so heißt es ausdrücklich, „dann sollen sie die Kosten aus ihrem Säckel bestreiten und nicht aus der Brüderschaftsbüchse“.

Dieser reine Unterstützungscharakter, dem der Kampfgedanke ausdrücklich genommen war, mußte mit der steigenden Proletarisierung, die schon im 15. Jahrhundert einsetzte, mehr und mehr den kämpferischen Aufgaben weichen. Je näher wir dem Ausgang des Mittelalters kommen, um so mehr nahm die städtische Handwerksindustrie an Bedeutung zu, um so mehr wuchs damit die Zahl der Arbeitskräfte. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts machte die Zahl der Gesellen in den deutschen Städten im Durchschnitt kaum ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, aber ihre Zahl wuchs durch die Bedürfnisse der städtischen Industrie durch Zuwachs von außerhalb recht bedeutend. Die Zahl derer, die aus einer Entfernung über 20 Meilen z. B. nach Frankfurt gekommen waren, hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts um 50 Prozent gegen die erste Hälfte des Jahrhunderts vermehrt. In Hamburg hat es durch diesen Zuzug um 1500 schon rund 20 Prozent der Bevölkerung an Armen gegeben.

Diese zunehmende Proletarisierung ergab von selber die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Unternehmerinteressen und die Zunahme der kämpfenden Brüderschaften, deren Keime wir in den mittelalterlichen Trinkstuben finden, während die Unterstützungsbrüderschaften auf den Kirchenbeisatz zurückzuführen sind.

Das Kassensystem dieser Kampfbrüderschaften war natürlich auch primitiv, aber es hatte einen den Kirchenbrüderschaften entgegengesetzten Charakter. Darum wurden die Kirchenbrüderschaften von der Obrigkeit geduldet. Die Kampfbrüderschaften der Trinkstuben aber wurden von der Obrigkeit um so mehr bekämpft, je mehr die wirtschaftliche Entwicklung die Notwendigkeit des Kampfes zum Ausdruck brachte. Dort war der Büchsenmeister der Ausdruck der Harmonie, des Einfügens in die Wünsche des Arbeitgebers. Hier war die Kasse das Spiegelbild der widerstrebenden Interessen, von denen die Brüderschaften die Arbeitnehmerinteressen zu wahren suchten, genau so wie die Arbeitgeber einseitig ihre Interessen zu wahren bestrebt waren.

Es ist der Gegensatz der Arbeitnehmerorganisationen, wie er sich bis heute erhalten hat. Dort der Gedanke der Anpassung, hier der Gedanke des wirtschaftlichen Kampfes um das Recht. Doch wie schon jene kleinen Organisationen vor einem halben Jahrtausend nicht existenzfähig waren ohne die Tätigkeit ihres Büchsenmeisters, so sind erst recht die großen Arbeitnehmerorganisationen unserer Tage in ihrer kämpferischen Leistungskraft abhängig

von ihrer finanziellen Kraft, und je mehr sich drüben das Kapital zum Kampfe zusammenballt, eine um so bedeutungsvollere Rolle spielt in diesem weltgeschichtlichen Kampfe um Recht und Zukunft der finanziellen Untergrund. Die Verbandsbeiträge sind damit die Fasern zur starken Wurzel, aus der sich der Sieg reden kann.

### Von den Schönheiten und Geheimnissen der Natur.

Von Felix Fehrenbach.

„Erwanderte deutsche Geologie — Die schiffische Schweiz“, heißt ein neues Büchlein von Wilhelm Bölsche, das der Verlag J. S. W. Diez Nachf. Berlin zum Preise von 2,50 Mk. in geschmackvollem Ganzleinenband herausgebracht hat. Einen vorbildlichen Führer durch die Schönheiten und Geheimnisse der Natur hat der weltberühmte Naturwissenschaftler da geschaffen. Nicht einen „Führer“ im üblichen hergebrachten Sinn, sondern eine famose geologische Wanderlei, die durch all die romantisch-schönen Partien der schiffischen Schweiz bis hinein ins böhmische Land führt und uns mit feinsinniger Erzählerkunst in das geheime Leben und Wirken der Naturkräfte einweiht. Dazu ist das Bändchen mit einer großen Zahl wohlgelegener photographischer Aufnahmen ausgestattet. Ein Büchlein, das Junge und Alte, Naturfreunde und Pädagogen, alle die ein offenes Auge für das Schöne und Gewaltige im Naturschaffen haben, von der ersten bis zur letzten Seite fesselt. Jahrmillionen ziehen an uns vorüber, während wir mit Bölsche durch das schöne Stückchen Erde wandern. Von der aufbauenden Arbeit des Kreidemeeres, von der Eiszeit, von vulkanischen Kräften und Faltungen des Bodens durch Erkalten des Erdinnern, vom unerträglichen Schaffen und Bohren des Wassertropfens, von der Erde und allen andern Kräften hören wir, die zum Werden der heutigen Landschaft beigetragen hat. Und das alles ist nicht trockene, verstaubte Wissenschaft, sondern köstlichstes Leben in Wilhelm Bölsches plastischer Schilderkunst vermittelt. In den zusammenfassenden Schlußfahen dokumentiert uns Bölsche nochmals den Geist unbefangenen Denkens, der das ganze Büchlein beherrscht, wenn er sagt:

„Heute wächst ein neues Geschlecht in diese Dinge einfach hinein. Ihm hängt das alles zusammen. Diese Erdgeschichte, die den Elb- und Main dort natürlich gebaut hat, hat auch den Menschen nach demselben Naturgesetz, gebaut. Und mit derselben Wucht, mit der das Regenwasser diesen Stein in Jahrtausenden zersprengt hat, zerprengt auch das unbefangene Denken den Berg der Vorurteile, in die der Mensch sich verwickelt hat. Wenn wir die Erde aufwärts führen, diese Berge anschauen, dieses ganze Naturbild mit seiner zähen und doch so erfolgreichen Arbeit, — dann erstarkt in uns der Mut, daß, wie Goethe sagt, „Der Tag dem Eblen endlich komme“. Die schlichte Arbeit des einzelnen gleicht dem Sandfornchen, das einen Wassertropfen aus dem Felsen schürft. Wir haben gesehen, daß aus der Arbeit solcher Wassertropfen schließlich die Gestalt eines ganzen Gebirges erwächst. Auch wir bauen in unsrer geistigen, unsrer sozialen Arbeit an einem Gebirgsbau der Menschheit, wo gewisse Wahrheiten stehen bleiben sollen, die uns freier und glücklicher machen, während der Schutt des Wertlosen, Berengenden, unfrei Machenden hoffnungslos talabwärts sinkt, — Wassertropfen sind wir alle — aber Tropfen, die Gebirge abtragen und errichten.“

mit Nachdruck entgegen. Lohnherabsetzungen, sobald irgendwelche die Verhältnisse gegeben sind, das ist es, was die Herren wünschen. Deshalb fort mit dem Schlichtungswesen, wo den Unternehmern immer noch ein kleiner Widerstand entgegensteht werden kann. Es klingt dann wie eine Phrase, wenn Herr von Borst schreibt: „Wir befürchten weder den Tarifvertrag noch den Schlichtungsgedanken, das ist tausendmal ausgesprochen worden. Wir lehnen aber nachdrücklich ab, daß der Tarifvertrag zum Schematismus, daß der Einigungsgebäude zum Schlichtungswang führt.“ Mit dem Schlichtungswang meinen die Herren die Schlichtungsausschüsse und die Verbindlichkeitsverpflichtungen des Reichsarbeitsministeriums. Es ist außerordentlich erfreulich, daß der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer scharfen, aber desto klareren Entschiedenheit die Meinung der breiten Masse zu diesen Dingen zum Ausdruck brachte. In den Mitgliedern der Gewerkschaften liegt es, den Mahnungen des ADGB durch Stärkung ihrer Organisation nachzukommen.

### Zahl und Gliederung des Proletariats.

Wie hoch ist die Gesamtzahl des Proletariats im Verhältnis zu allen Erwerbstätigen? Wie verteilt sich das Proletariat auf die einzelnen Beschäftigungsweize? Auf diese bisher statistisch noch kaum bearbeiteten Fragen verweist Wladimir Iliitsch in der Mainummer der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ Antwort zu geben. Unter Proletariern versteht er alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und scheiden das Merkmal des Klassenbewußtseins und der Lebenshaltung ab. Da die entsprechenden statistischen Angaben meist unvollständig sind und oft überhaupt fehlen, können die Ziffern unter Benutzung einer vom Verfasser ausführlich mitgeteilten Methode nur annähernd errechnet werden. Bei der Umrechnung der alten Ziffern auf die neuen Verhältnisse wird angenommen, daß eine fortschreitende Proletarisierung in den letzten 10 bis 15 Jahren stattgefunden habe, da die Zunahme der Bevölkerung, die neue Proletariatsmassen liefern würde, durch den Krieg unterbunden war, die vermehrte Frauenarbeit aber nach Auffassung des Verfassers nicht berücksichtigt werden muß. Die Zahl des europäischen Proletariats beläuft sich auf 93 bis 95 Millionen, ohne Rußland auf 88 bis 89 Millionen. Insgesamt beträgt die Zahl des Proletariats in Europa 45 bis 46 Proz. der Erwerbstätigen. Nimmt man allein nur Westeuropa, so gehören 55 bis 56 Proz. der Erwerbstätigen zum Proletariat. Das heißt, nur in Westeuropa (und noch in den Vereinigten Staaten, wo 73 Proz. der Erwerbstätigen — 30 Millionen — ihre Arbeitskraft verkaufen) ist das Proletariat in der Mehrheit gegenüber den Nichtproletariern. Von einer erdrückenden Mehrheit des Proletariats gegenüber andern Volksschichten, wie es oft angenommen wird, kann demnach nicht gesprochen werden. Der Proletarisierungsgrad ist am größten in England mit 77 Proz., in Belgien mit 73 Proz., in Schweden mit 66 Proz., in der Schweiz mit 64 Proz., in Desterreich mit 63 Proz., in Holland mit 62 Proz., in Deutschland mit 61 Proz., in der Tschechoslowakei mit 59 Proz. der Erwerbstätigen. Was insbesondere Deutschland anbelangt, so gehören hier von 34 Millionen Erwerbstätigen 19 1/2 Millionen dem Proletariat an, wovon 3,8 Millionen in Land- und Forstwirtschaft, 10,4 Millionen in der Industrie und im Bergbau, 2,5 Millionen im Handel und Verkehr, 940 000 in freien Berufen und öffentlichen Diensten und 1,5 Millionen als Dienstboten tätig sind. In ganz Europa bzw. in 25 europäischen Ländern (Deutschland inbegriffen) sind als Proletarier in der Landwirtschaft 23,5 bis 24 Millionen, in der Industrie 38,5 bis 39,7 Millionen, im Handel und Verkehr 19 Millionen, in den öffentlichen Diensten und freien Berufen 6,7 bis 8 Millionen, als Dienstboten 8,2 Millionen beschäftigt. (In den Vereinigten Staaten: Landwirtschaft 4,8, Industrie 12,7, Handel und Verkehr 8,3, öffentlicher Dienst 1,6, Dienstboten 3,5.) Mehr als 50 Proz. des gesamten Proletariats entfallen auf die Industrie in Belgien, Deutschland, England und der Tschechoslowakei, 40 bis 50 Proz. in Desterreich, den Vereinigten Staaten und in Holland. Innerhalb der Industrie entfallen auf 100 Erwerbstätige 82 bis 87 Proletarier in Desterreich, Deutschland, der Tschechoslowakei, Finnland und Belgien; in diesen Ländern ist also der Proletarisierungsgrad in der Industrie am größten. Die Zahl der staatlichen und kommunalen Angestellten befreit sich innerhalb des Proletariats Europas in den einzelnen Ländern auf 5 bis 10 Proz., die der Dienstboten auf 10 Proz. Die Handels- und Verkehrsarbeiter sind in Rußland mit 32 Proz. des gesamten Proletariats, in England mit 22,7 Proz., in der Schweiz mit 17,8 Proz. besonders zahlreich, was in England der Seefahrt, in der Schweiz dem Fremdenverkehr zuzuschreiben ist. Anfang 1923 waren noch weniger als ein Drittel des Proletariats organisiert: in Europa ohne Rußland 28,5, mit Rußland 33 Millionen. Verhältnismäßig hoch ist der Organisationsgrad in Deutschland, wo 58 Proz., und in Desterreich, wo 56 Proz. der Arbeitnehmer organisiert sind. Mehr als 90 Proz. der Arbeitnehmer gehören einer Organisation an in Italien (42 Proz.), Tschechoslowakei (37 Proz.), Belgien (35 Proz.), Holland (34 Proz.), Polen (33 Proz.), Dänemark (30 Proz.). In der Schweiz sind nur 18 Proz. der Arbeitnehmer organisiert. Seitdem ist der Organisationsgrad noch wesentlich zurückgegangen. Nach den letzten Daten im Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Iliitsch noch nicht benutzen konnte, waren organisiert in allen Ländern die überseeischen Länder inbegriffen) Anfang 1924 36,4 Millionen gegenüber 40,9 bzw. 46,8 Millionen in den beiden vorangehenden Jahren, in Europa allein 29,8 Millionen. Diese Ziffern beweisen, daß noch große Reserven für die Organisation der Arbeitnehmer vorhanden sind. Die Arbeitnehmer sind außerdem in verschiedene Organisationsrichtungen gespalten, — die Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung vereinigten anfangs 1924 nur 16 1/2 Millionen Mitglieder — und diese Spaltung ist, wie Iliitsch ausführt, ein wichtiger Grund dafür, daß das Proletariat sich nicht seiner wirklichen Bedeutung entsprechend Geltung verschaffen kann.

### Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und Bearbeitung): In Ruhmannsleben (Sa. Ebert, Bayerischer Wald), Im Lufftgebiet Eitringen und Obermendig. In Kappelrodt, Seebach, Büschelbach, Raunhagen und Umgebung (Schwarzwald). In Nachen (Grabbstein). Steinseher und Hammer in Krefeld, Rheinb., Burgheude, Stadel, Stuttgart. Geperet. In Offenbach a. M. das Kunststeingewerbe Ott. — In Saargemünd (Granitwerk Schäffer). Jung fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind: von Bad Deynhausen (Sa. Wagner), von Bielefeld, Herford (Steinmehlen und Marmorarbeiter), von Dorimund (Grabbstein), von Braunsberg (Granit- und Schotterwerk), von Münster (Steinmehlen), von den Steinbrüchen bei Bochum, vom Odenwald (Merkstein- und Plastersteingruppe). Die eingeleitete Lohnbewegung ist noch nicht zum Abschluß gebracht, da die Arbeitgeber an dem von ihnen vorgeschlagenen Endtermin (29. Juli) festhalten. — In der sächsischen Lausitz hat sich die Lage in der Werkstein- und Plastersteinbranche sehr zugespitzt, weil über die strittige Lohnfrage noch keine Verständigung erfolgte.

Erledigte Bewegungen. Der Streik im Plastersteinbezirk Kassel und weiterer Umgebung. — Die Sperre über den Betrieb Kopp in Dobbrügge.

Notizen in der vorstehenden Rubrik der Lohnbewegungen werden nur dann wiederholt, wenn die Redaktion mindestens alle 14 Tage Nachricht über den Verlauf der Maßnahmen erhält.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenverhandlung zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserem Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

**Nichtigstellung.** In der Nr. 26 haben wir an dieser Stelle Informationen über „Neue Ausführungsversuche in der Erwerbslosenfürsorge“ gebracht, die der R. B. entnommen waren. Bei näherer Prüfung stellte sich heraus, daß die Darlegungen über die Unterstützung der Kurzarbeiter“ im dritten Absatz am Schluß — falsch sind. Kurzarbeiterunterstützung gibt es zur Zeit nicht. Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 heißt es in § 2 Absatz 2:

„Die oberste Landesbehörde kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen anordnen, daß Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter einrichten.“

Diese Zustimmung ist bisher unseres Wissens in keinem Fall erfolgt, aber abgesehen davon, gibt es also keine generelle Kurzarbeiter-Unterstützung. Unsere Leser wollen den Irrtum richtigstellen und die betreffenden falschen Darstellungen im 3. Absatz streichen.



### Die Unternehmer rüsten zu größeren Kampfmaßnahmen.

Die großen Aussparungen im ganzen Reiche, die Verweigerung jeden Entgegenkommens bei Lohnforderungen, die große Geschäftigkeit an allen Ecken und Enden der Regierungsstellen liegen darauf schließen, daß die Arbeitgeberverbände mal wieder zu einem größeren Schläge ausholen. Sie bereiten die Öffentlichkeit auf die schweren sozialen Kämpfe der Zukunft vor durch Pressenotizen, Vorträge und anderes. Bei der Regierung sind sie und bereiten auch hier den Boden des Verständnisses vor. Aber zum Kriegsführen gehört ja bekanntlich Geld, Geld und nochmals Geld. Und so ganz leicht scheint es in den Kassen der Unternehmerverbände nicht auszugehen. Erläutert doch der Allgemeine Industrieverband, Sitz Hamburg, einen dringenden Aufruf zur Geldsammlung. Das Schriftstück lautet:

Allgemeiner Industrieverband, Sitz Hamburg. Hamburg 3, am 5. Juni 1925. Verf. Schl. A-A 14

An unsere verehrlichen Mitgliedsfirmen! Betr. Sonderumlage für die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Wir überreichen in der Anlage einen dringenden Aufruf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der Arbeitszeitsfrage mit der Bitte um ganz besondere Beachtung. Die in diesem Rundschreiben geforderte Sonderumlage ist durchaus erträglich; sie muß aber unbedingt geleistet werden, um die Abwehraktion, wie sie in dem Rundschreiben gekennzeichnet ist, einleiten und durchführen zu können. Die in dem Rundschreiben aufgeführten Beträge für die Sonderumlage sind als Mindestbeträge gedacht, und wir bitten diejenigen Firmen, denen es möglich ist, höhere Beträge überweisen zu wollen.

Wir dürfen die Erwartung aussprechen, daß diese angeforderten Beträge uns umgehend auf unser Bankkonto bei der Dresdner Bank in Hamburg überwiesen werden, und zwar unter Angabe: per Postkarte an unsere hiesige Geschäftsstelle. Wir sind gehalten, nach Prüfung der Beitragsleistung durch die einzelnen Firmen den Gesamtbetrag ungehindert der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu überweisen.

Hochachtungsvoll Allgemeiner Industrieverband, Sitz Hamburg.

Der Kampf gilt also der Arbeitszeit. Wie sonderbar, die deutschen Arbeiter arbeiten länger als in den meisten Kulturstaaten und doch wollen die Unternehmer einen Kampf um die Arbeitszeit führen. In dem Rundschreiben wird behauptet, die Unternehmer seien in der Abwehraktion, während sie doch entweder die der Arbeiterzeit aufgezogene längere Arbeitszeit erhalten oder den Achtstundentag dort, wo er noch besteht, vollends beseitigen wollen. Die Unternehmer stärken ihre Kassen. Hieraus erwächst den Arbeitern die dringende Pflicht, ebenfalls ihre Gewerkschaftskassen zu stärken. Die bevorstehenden Kämpfe können um so besser überstanden werden, je mehr die Gewerkschaften finanziell gerüstet sind. Deshalb rufen wir unseren Kollegen zu: Lernt von den Unternehmern! Diese leisten Sonderumlagen, geht hin und tuet desgleichen.



**Chemnitz.** Im kommunistischen Organ „Der Kämpfer“ lesen wir einen Versammlungsbericht; das heißt, er ist nicht von der Zahlstelle offiziell in die Zeitung gegeben, sondern irgendein Kollege, dem die „junge Richtung“ nicht jagt, hat seinem Innern Luft gemacht. Damit das konfuse Zeug auch weiteren Kollegenkreisen zugänglich gemacht wird, bringen wir den Bericht im „Steinarbeiter“ zum Abdruck.

„Am 9. Juni tagte eine Vollversammlung der Chemnitzer Zahlstelle des Deutschen Steinarbeiterverbandes, um den Bericht vom 10. Verbandstag in Weimar entgegenzunehmen. Die zweistündige Rede des Kollegen Albrecht wirkte ermüdend, da der Bericht in wesentlichen Punkten im „Steinarbeiter“ Nr. 22 zu lesen war.“

„Ja, der Geist von Weimar, der Geist der Ebert, Heilmann, Roste bis zu Hindenburg, das ist die Frucht, die auch der Geist unseres Zentralvorstandes samt der ganzen Bureauratie befeelt. Eine Änderung der bisherigen Gewerkschaftspolitik brachte uns der Verbandstag nicht. Alles bleibt beim alten. Es wird weiter um die Haut der Proleten geschachert und getuschelt.“

Der Oberbunze Knoll vom ADGB hat so richtig die Einstellung, die diese „Gewerkschaftsführer“ kennzeichnet; „Besser 100 Mark für Bildungszwecke und Agitation, als 1000 Mark für Streikunterstützung.“ Wir verstehen! Besser Ermächtigungsgesetze für die Bourgeoisie, Koalition mit dem Klassenfeind oder gar Aufsichtsrat bei Barmat, als sich an die Spitze des uns seine Existenz kämpfenden Proletariats zu stellen. „Ohne den Willen der Gewerkschaften kann sich eine Regierung in Deutschland keinen Tag halten“, so hat Karl Legien gesagt. Warum liegt diese Macht brach? Weil es die reformistischen Führer so wollen!

Als Kollege Preßlich und Genossen einen Antrag einbrachten, der Verbandstag wolle beschließen, eine Studienkommission nach Rußland zu senden, welche zu zwei Dritteln aus sowjetischen Mitgliedern besteht, antwortete der Zentralvorstand Winkler: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute doch so nahe liegt. Bihartig beleuchtet dieser Ausdruck eines „Arbeiterführers“ die Situation. Aufgepaßt, ihr Proleten. Das „Gute“, das ist der Damesplan, Kolonialisierung und Verflourung der arbeitenden Massen. Darum sollen keine Arbeiter nach Rußland, dem einzelnen proletarischen Staat der Welt.

In der „Produktiv-Genossenschaft der Steinseher“ muß es was laut sein. Warum ist der Mitbegründer derselben, der Kollege Weiskopf, nicht mehr dabei? Man hört so Verschiedenes über eine recht „feine“ Arbeitsordnung mundein. Kollegen, wollt ihr etwa den Unternehmern zeigen, wie eine Arbeitsordnung aussehen muß? wenn nicht, dann hinweg mit derartigen Mäusen, welche geeignet sind, dieses Genossenschaftsunternehmen den Privatausbeutern an die Seite zu stellen.“

Gegen diese Geistesblase polemisieren ist nicht angebracht; denn wer mit der Logik auf so gepanterten Füßen steht wie der Schreiber des vorstehenden Berichtes, dem ist nicht zu helfen, der muß erst mit sich selber fertig werden.

**Kölnberg.** Durch Herunterstürzen eines Steinbocks verunglückte hier am 5. Juni unser Kollege Otto Obermüller so schwer, daß er infolge einer innerlichen Verblutung im Krankenhaus Lautawerk starb. Die Belegschaft beschloß, am Begräbnistage nachmittags die Arbeit ruhen zu lassen; daselbst ist auch geschehen. Die Belegschaft nahm fast vollständig am Begräbnis teil, desgleichen auch die Angestellten der Firma. Ferner gaben Reichsbanner Groß-Kölnen-Lautawerk und Senftenberg, der Radfahrerverein Solidarität und der Turnverein Groß-Kölnen dem Verunglückten das letzte Geleit.

**Widemann.** In der am 25. Mai stattgefundenen Steinarbeiterversammlung erstattete der Kollege Paul Horn Bericht vom Verbandstag in Weimar. Er führte aus, daß er mit sehr gemischten Gefühlen zum Verbandstage gefahren sei, jetzt aber voller Freude sagen könne, daß er in der angenehmen Weise enttäuscht zurückgekehrt sei! Denn nach Schilderung von Kollegen und dem Protokoll vom letzten Verbandstage, wäre er mehr auf politischen Richtungsfeld gefahrt gewesen. Um so erfreulicher sei die Tatsache zu verzeichnen, daß in Weimar erprobte Arbeit auf wirklich gewerkschaftlichem Gebiete geleistet worden sei. Kollege Horn streifte dann kurz den gedruckten Geschäftsbericht, mit dem Auf und Nieder, die Zahlen aber zeigte, daß er vorwärts gehe, in der Zahlstelle Widemann sei ja der letzte Kollege im Steinarbeiterverband organisiert, leider sei es noch nicht überall so. Pflicht eines jeden Kollegen müsse es sein, den letzten Mann, der noch unserer Organisation fernsteht, ihr zuzuführen. Als ebenso selbstverständlich bezeichnete er die Abführung eines Stundenlohnbes an den Verband. Um dieser Forderung besser Rechnung tragen zu können, sollen ab 1. Juli folgende Markensorten geklebt werden: Affordarbeiter Mindestmarke 1 Mt., Zeitlohnarbeiter Mindestmarke 80 Pfg., Zündliche 40 Pfg. ohne Kofalszuschlag. Der Streik im Casseler Gebiet soll nach Möglichkeit unterstützt werden und solle in Abständen Geld abgeführt werden. Zum Schluß erinnerte Kollege Horn an unseren Streik im Januar 1924, wie wohlwollend wir alle es damals empfunden hätten, als alle verlagten und nur unser Verband das erste Geld gesandt habe. Mit einem warmen Appell, fernerhin treu sich um unsere Gewerkschaft zu scharen, schloß er die Versammlung.

**Jauer.** Am 14. Juni dieses Jahres fand unsere Monatsversammlung statt. Es waren wenig Mitglieder erschienen. Bei den Anwesenden wurden die Verbandsbücher kontrolliert. Auch sollte eine Revision der Kassenbestände stattfinden. Da aber der Kassierer verhindert war, konnte dies nicht geschehen. Es wurde dann noch eine Versammlung für Sonntag, den 21. Juni 1925, anberaumt. Die Versammlung fand statt, und die Belege wurden dort geprüft und in Ordnung befunden.

**Böbau.** Bericht von der am 11. Juni stattgefundenen Versammlung. Tagesordnung war: 1. Bericht vom Verbandstag; 2. Stellungnahme zur Ablehnung unserer Forderung; 3. Verschiedenes. Kollege Schwarz berichtet in kurzen Umrissen über die Tagung, behandelt speziell unsere gestellten Anträge und führt die Haltung der Delegierten hierzu vor Augen; im übrigen verweist er auf den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht, sowie auf die bereits im „Steinarbeiter“ erschienenen Artikel, des weiteren auf das demnachst erscheinende Protokoll, dessen Anschaffung er den Kollegen empfiehlt. In der Aussprache wurde zuerst die Stellung des Verbandstages zur Verschmelzungstage im allgemeinen, sodann die Haltung unsrer Delegierten im besonderen kritisiert. Die Meinung ging dahin, daß wir immer und immer wieder mit der Verschmelzungstage kommen müssen und mit der Zeit werde die Zentrale und auch der Verbandstag eine andre Stellung einnehmen; im übrigen habe ja die Zentrale die Forderung zu größeren Verbänden zugesagt, hoffentlich bleibt es nicht bloß bei den Andeutungen. Auch mit der Regelung der Unterstützungen (namentlich Streikunterstützung) konnte man sich nicht einverstanden erklären. Kollege Schwarz verteidigte seine Haltung, seine Stellung zur Verschmelzung habe er schon vor der Wahl präzipiert und von seiner Wahl abgeraten; in Bezug auf Unterstützung müsse sich eben Ausgabe und Einnahme bedenken, das Studium des Geschäftsberichts gebe hier manchen Fingerzeig. Er gab den Kollegen zu bedenken, daß doch das Ziel jedes Delegierten die Vorwärts- und Aufwärtsbringung des Verbandes sei. Die Haltung des Kollegen Schwarz wurde gutgeheißen. Zum 2. Punkt berichtet Schwarz über unsere Forderung und deren Ablehnung. Die Forderung belief sich auf 80 Prozent des Friedenstarifes. Die Arbeitgeber begründeten die Ablehnung mit dem Hinweis, daß unsere Löhne sowieso die höchsten des Bezirks seien, eine Erhöhung sei schon im Hinblick auf die Konkurrenz (Nichtelgebirge, Odenwald) für die Graniindustrie nicht tragbar. Dies löste große Entrüstung unter den Kollegen aus, zumal man sieht, daß fast sämtliche Arbeitgeber bauen und vergrößern; von der so oft zitierten Kapitalnot ist da nichts zu merken; doch ein paar Pfennige Lohnhöhung und sofort heißt es, wir richten die Industrie zugrunde. Nach längerer Beratung beschloß man, den Ertrag der zentral gestellten Forderung abzuwarten. Speziell für die Steinmehlen, an denen fühlbarer Mangel herrscht, ist die Lage günstig, da bereits die Werkstättengruppe 86 Prozent durch Schiedspruch zugesprochen erhielt. Eine Abwanderung in diese Betriebe wird von vielen Kollegen erwohnen. Als Antwort auf die brüste Ablehnung unserer Forderung wurde beschlossen, bis zur endgültigen Regelung die Leistung von Ueberstunden zu verweigern. Unter Verschiedenem erfolgte ein Hinweis auf richtige Benutzung der Ferien, sie sind zur Erholung geschaffen worden. Weiter wurde bekanntgegeben, daß die Firma K u m p f, als einzige in den Lausitzer Schieferereien, das Stempelsystem einführen will. Die anwesenden Kollegen, namentlich Affordarbeiter, gelobten, alles daranzusetzen, um dieses System zu verhindern. Es wurde dann noch auf die Bekanntgabe im „Steinarbeiter“, bezüglich Verhältnissen beim Wechsel von einem Betrieb zum andern, hingewiesen und mit einer Mahnung, bezüglich Rechte und Pflichten gegenüber der Gewerkschaft, die Versammlung geschlossen.

**Westerburg.** Bezirkskonferenz am 14. Juni der Plaster- und Schottergruppe Westdeutschland. Von 25 Zahlstellen waren 16 (?) vertreten mit 23 Delegierten. Bezirksleiter Hermann gab die Tagesordnung bekannt. Nach Wahl der Verhandlungsleitung gab Herrmann den Geschäftsbericht, streifte kurz die Agitationsleistung im vergangenen Jahre und betonte, daß Lohnverhandlungen nicht mehr so oft stattfinden und deshalb der Agitation mehr Interesse zugewendet werden könnte. Bei Besuchen der Kollegenvertreter in den einzelnen Betrieben wird mehr Unterstützung erwartet. Unser Tarif läuft bis 31. Juli, das wurde kritisiert und allgemein betont, daß solche langfristige Lohnabstufungen in Zukunft nicht mehr getätigt werden dürfen. Ferner wurde die außerordentlich schlechte Lage der Marmor- und Kalkindustrie vor Augen geführt. Kollege Schmidt wünscht schärfere Agitation in Lippe und Umgegend vom Bezirksleiter. Kollege Hahn übt Kritik an der allgemeinen Geschäftsführung des Bezirksleiters Herrmann, weil der Stöfel in letzter Zeit sehr vernachlässigt worden ist. Außerdem muß der Bezirksvorstand zu Beratungen öfter zusammenzutreten. Kollege Groß kritisiert die örtlichen Verhältnisse in seiner Zahlstelle und erklärte die augenblickliche Lage in Bezug auf Lohn- und Arbeitszeit für unhaltbar. Kollege Müller, Geilnau, ermahnte alle Anwesenden, an dem Achtstundentag festzuhalten. Die Vorstandsmittelglieder müssen

neue gewählt werden. Bezirksleiter Herrmann wird mit 16 gegen 4 Stimmen wiedergewählt. Die Anstellung eines weiteren Kollegen wurde begrüßt. Die Finanzfrage stand im Vordergrund, alle Kräfte müssen zusammengefaßt werden, sie zu lösen; denn bei der heutigen Mitgliederzahl ist es unmöglich, einen Teil der Kosten zu tragen. Es wird da die Zentralkasse als noch kräftig unter die Arme greifen müssen, bis die — nach Arbeitgeberangaben — 4000 nicht-organisierten Steinarbeiter in unsere Reihen sind. Der § 4 im Reichsarbeitsvertrag muß umgeändert werden. Zum Schluß ermahnt Bezirksleiter Herrmann alle Kollegen, mitzuhelfen, härteste Agitation einzusetzen und die lauen und verbandsfremden Kollegen heranzuziehen.

### Rundschau.

Die Zeit läßt nicht loder. Wie unsern Kollegen bekannt sein dürfte, ist unser Kollege Gustav Müller, Bezirksleiter in Striegau, und noch eine Anzahl Kollegen, die dem Reichsbanner angehören, vom großen Schöffengericht des bekannten Schweidnitzer Landgerichts zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Müller allein soll zwei Jahre Gefängnis abbrummen, weil sich unsere Kollegen die Rüschelein des Stahlhelms nicht gefallen ließen und sich nicht wehrlos los schlagen ließen. Um nun für die Familien der so schwer geprüften Kollegen zu sorgen, hat sich eine Anzahl der besten Männer der Arbeiterbewegung Striegau zu einem eingetragenen Verein mit dem Namen „Gustav-Müller-Unterstützungsverein e. V.“ zusammengetan. Dieser Verein gibt eine Denkmünze heraus, die künstlerisch gut gestaltet ist. Diese Denkmünze hat es dem Striegauer Amtsgericht angetan, denn am Sonnabend, dem 20. Juni, erfolgte in den Räumen des Geschäftsführers des Vereins die Beschlagnahme von 25 000 Denkmünzen, Beschlagnahmen und Geschäftsbücher. Unglaublich, aber wahr ist es, daß sich der beschlagnehmende Amtsrichter auf eine Verordnung vom 15. 2. 1917 über die Verwendung von Metallen in der Kriegszeit stützt. Wenn es um die Bekämpfung von Arbeitern ging, haben wir schon manche juristische Blüte gesehen. Man kann über die Art, wie die Unterstützung gesichert werden soll, geteilter Meinung sein, und wir hätten gern eine andre örtliche Regelung gesehen. Aber die Beschlagnahme scheint uns doch ein bißchen zu starker Tabak. Die deutsch-nationale Presse im Striegauer Bezirk heßt natürlich in der unverkennbarsten Weise gegen unsere Kollegen, und die deutsch-nationale Abg. Semmler und Genossen haben bereits im preußischen Landtag eine kleine Anfrage wegen der Herausgabe dieser Denkmünze eingebracht. Die Folge davon ist, daß die informierten Kollegen sagen: Nun erst recht sich in den Besitz einer — wie sie der Volksmund getauft hat — „Schredensurteil-Denkmünze“ gesetzt.

Die Massenkatastrophen der letzten Zeit auf dem Schlachtfelde der Arbeit (z. B. auf Grube Stein, in Mellenbach [Saarbr.] u. a.) müssen die ernsteste Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die großen Gefahren ihres Berufes lenken und ihnen klar machen, daß ihr Leben täglich von schweren Gefahren umdroht ist. — Bei Massenunfällen wird das Mitleid der Öffentlichkeit rege und hilfsbereit. Große Summen, an denen sich auch die Volkspflege mit namhaften Beträgen beteiligt, mildern das materielle Elend der ihres Ernährers beraubten Familien. Beim Unglück des einzelnen versuchen die gesellschaftlichen sozialen Versicherungseinrichtungen helfend einzugreifen. Meist ohne nennenswerte Wirkung! — Diese Lücke auszufüllen, ist das Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiterschaft, die Volkspflege, berufen worden. Arbeitnehmer! Bringt das notwendige Opfer einer regelmäßigen Monatsprämie und verschert euch rechtzeitig und möglichst hoch gegen die täglichen Gefahren eures Berufes. Werbt für den sozialen und großen Gedanken eines ausreichenden Versicherungsschutzes durch euer eignes Unternehmen.

Woher die hohen Geschäftskosten? Natürlich haben, wie man in jedem Geschäftsbericht lesen und vor jedem Personalabbau hören kann, die Arbeiter und Angestellten Schuld, weiter der Achtstundentag und die „hohen“ Löhne. Damit ist die Unternehmerrückwärtsentwicklung. Ein geradezu klassisches Dokument für diesen Unfug ist eine Eingabe, die die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ die Spitzenorganisation der deutschen Arbeiterschaft an den Reichskanzler gerichtet hat. Sie kommt zu dem Schluß, so wie es jetzt geht, geht es nicht länger. Dann empfiehlt sie als Mittelmittel längere Arbeitszeit. Sonst wissen die Herren Arbeitgeber nichts. Sonst ist alles bei ihnen in Butter.

Der Herr Reichskanzler läte flug, sich mal eine Rede anzusehen, die vor einigen Tagen von einem Aktionär auf der Generalversammlung der „Bank für Landwirtschaft“ gehalten worden ist. Dieser Bank geht es nicht besonders. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank führen dafür als Ursachen ungefähr den gleichen Unfug an, der in der neuen Eingabe der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ steht. Vorstand und Verwaltungsrat erleben aber eine große Ueberraschung. Es erhob sich nämlich der bekannte Geheime Rechnungsrat Bernau, der, was wir besonders bemerken wollen, nicht in dem Ruf steht, etwas zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu sagen, wenn das nicht zutrifft. Herr Bernau führte die schädelige Lage der Bank auf die hohen Unkosten zurück. Dann zeigte er aber der Versammlung, wie die hohen Unkosten heute entstehen. Nach Bernaus Ausführungen hat die nicht allzu große Bank für Landwirtschaft nicht mehr als 5 Direktoren, von denen zwei allein für „tote“ Kalkinteressen tätig sind, und — 37 Aufsichtsratsmitglieder. Das bedeutet, daß die Herren Aufsichtsratsmitglieder pro Kopf 150 000 Mk. Gesellschaftsvermögen zu verwalten haben. Das ist eine kolossale Summe und eine fürchterlich schwere Arbeit. Solche Zustände machen aber die hohen Unkosten völlig begreiflich.

Nun sind die Macher in der Bank für Landwirtschaft alle starrm deutsch-national. Wir wollen nur ein wenig ironisch sein und diese Herren daran erinnern, daß sie in ihrem Wahlprogramm auch die Forderung nach Vereinigung und Moralisierung unseres öffentlichen und Geschäftslebens stehen haben. Wie das gemacht wird, zeigen — die fünf Direktoren und 37 Verwaltungsratsmitglieder, die nichts anderes als fette Pfünden für Nichtstuer sind.

Herr Bernau zog aus seinen Ausführungen auch die nötigen Schlusfolgerungen und empfahl dem Vorstand der Bank, mal bei den Direktoren und Verwaltungsratsmitgliedern recht tüchtig mit dem Abbau zu beginnen. Da es sich in unserm Falle gerade um eine Bank handelt, wollen wir mal an Hand der letzten Geschäftsberichte unserer Großbanken zeigen, wie sich hier gegenüber 1913 die Unkosten gesteigert haben. Die Unkosten betragen:

	in Mill. Mk.	1913	1924
Mitteldeutsche Kreditbank	8.9	48	86
Dresdner Bank	65.2	46	86
Disconto-Gesellschaft	55.2	36	84
Deutsche Bank	96.8	46	86
Darmstädter	67.2	52	85
Commerzbank	54.2	52	92
Berliner Handlungsgesellschaft	7.6	23	74

Es handelt sich hier um Banken, die schon Ende 1923 schonungslos mit dem Personalabbau vorgegangen sind. Trotzdem weist das Jahr 1924 Unkosten auf, die durchweg doppelt so hoch sind als vor dem Kriege. Die Gründe sind ganz sicher dieselben, wie bei der Bank für Landwirtschaft.

Sechs Monate Arbeit für trockenes Brot. Die Regierung trägt sich bekanntlich mit dem Plan, unerhört hohe Mehlsölle einzuführen. Wir zeigen nun in nachfolgendem Artikel, wie sich der Mehlsoll auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auswirken muß. Roggenmehl kostet heute etwa 30 Mk. und Weizenmehl 38 Mk. pro 100 Kilogramm. Das ergibt einen Durchschnitt von etwa 34 Mk. Für das Jahr 1925/26 soll nun der Mehlsoll nach den Plänen der Regierung 8.50 Mk. betragen. Die Regierung nennt diesen Zoll den ermäßigten Mehlsoll, obwohl er 25 Prozent des Wertes der Ware ausmacht. Nun beträgt der Mehlsollverbrauch in Deutschland durchschnittlich 10 bis 11 Millionen Tonnen, also auf den Kopf der Bevölkerung

gerechnet, ca. 460 Gramm Mehl bzw. 1 1/2 Pfd. Brot am Tage, oder etwa 170 Kilogramm Mehl bzw. 225 Kilogramm Brot einschließlich Grieß, Teigwaren, Nahrungsmitteln, Kuchen, Keks usw. im Jahre. Der Zoll wird an der Grenze erhoben und nicht beim Bäcker. Der Zoll bildet demnach für die Ware eine Art Unkosten wie die Fracht und sonstige Spejen und wird ein Teil des Mehlspreises. Rechnet man nun für den Mehlimporteur 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer, 1 Prozent Courtaage und 2 1/2 Prozent Bruttoverdienst und für den Zwischenhändler 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer und 3 1/2 Prozent Bruttoverdienst, so sind das 10 Prozent vom Verkaufspreis. Der Bäcker muß gleichfalls Umsatzsteuer bezahlen und sein Verdienst kann mit etwa 13 1/2 Prozent Brutto veranschlagt werden. Das sind 15 Prozent. Bei dem Brothändler entstehen die Unkosten aber nicht beim Mehlspreise, sondern beim Brotpreise, so daß diese prozentualen Aufschläge rechnerisch nicht vom Hundert, sondern im Hundert zu rechnen sind. Wenn das verzollte Mehl verladen ist, beträgt dadurch der Zoll nicht mehr 8.50 Mk., sondern 13.50 Mk. Die Differenz liegt darin, daß in dem Brotpreis 5 Mk. mehr Zoll steckt als in dem Mehlspreis. Wenn man davon ausgeht, daß 100 Kilogramm Mehl 130 Kilogramm Brot ergeben, so fallen 10,8 Pfg. oder, nach unten abgerundet, 10 Pfg. auf 1 Kilogramm Brot. Der Jahresverbrauch von 225 Kilogramm aus Brotgetreide hergestellter Nahrungsmittel ergibt also eine Belastung von 22.50 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung.

Ein Durchschnittsarbeiter mit Frau und 3 Kindern, wie er statistisch gewöhnlich den Berechnungen zugrunde gelegt wird, und der wöchentlich also 2.20 Mk. für den Zoll auf das Brot ausgeben müßte, verdient Netto etwa heute pro Woche 27 Mk., so daß er den 12. Teil seines Lohnes allein für den Brotzoll ausgeben muß. Das Brot selbst ist infolge der heute um gut 50 Prozent höheren Getreidepreise auch ohne Zoll schon viel zu teuer, so daß der Arbeiter mit Familie 4 bis 5 Monate des Jahres überhaupt nur für das trockene Brot für sich und seine Familie zu arbeiten hat. Kommt im nächsten Jahre noch die riesige weitere beantragte Zollerhöhung, so braucht er 6 Monate im Jahre, um nur das mit Zoll belastete Brot zu erwerben. Bei Kurzarbeitern und Erwerbslosen ist es natürlich noch viel schlimmer.

Obige Berechnung, deren Richtigkeit eine eingehende Ueberprüfung erwiesen hat, stammt nicht von uns, sondern von einem bekannten Unternehmerverein in der Hamburger Gegend. Sie steht in einer Denkschrift, die dieser Unternehmerverein der Reichsregierung überreicht hat. Ob die Regierung angesichts dieser Tatsache wohl noch den Mut hat, ihre Zollpläne zugunsten der Großagrarien durchzuführen?

### An Schriftführer und sonstige Korrespondenten, die mit der Redaktion in Verbindung stehen.

Jede Mitteilung, die zur Veröffentlichung bestimmt ist und örtliche oder bezirkliche Verbandsangelegenheiten oder betriebliche Verhältnisse berühren, muß unter dem Zahlstellenkennel die Gegenseignung des örtlichen Vorsitzenden aufweisen. Einzelne Vorkommnisse in neuerer Zeit veranlassen die Redaktion, diese alte Regel streng zu beachten.

Die es außer der Redaktion auch angeht, wollen es ebenfalls nicht übersehen, damit Unstimmigkeiten vermieden werden.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Breslau II wurde der Kammer August Reischer wegen verbandshandhabenden Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Leipzig I (Steinarbeiter). Die Kollegen Wilhelm Benedek, Buch Nr. 20 270, aus Torgau, eingetr. 3. 3. 21 in Halle, und Artur Köhler aus Dresden, eingetr. 28. 10. 22 in Pirna (ziemlich taubstumm) sind hier abgereist, ohne ihre Bücher in Ordnung zu bringen. Beim Auftauchen in irgendeiner Zahlstelle benachrichtige man die Zahlstelle Leipzig I, Adr.: Oskar Hofmann, Kassierer, Wahren bei Leipzig, Am Bahnhof 18, I.

Raumünzsch. Fortwährend kommen hier fremde Kollegen zugereist, ohne sich vorher um die örtlichen Zustände in der Werksteingruppe zu erkundigen. Steinmangel ist an der Tagesordnung und Unterkunft miserabel. Darum Vorsicht, wer sich vor Schaden bewahren will.

Beucha. In der Quittung der Zahlstelle in Nr. 23 und 24 über erhaltene Gelder von Zahlstellen wurde von mir die Zahlstelle Weitzen mit 100 Mk. übersehen. Die Endsumme erhöht sich dementsprechend. — Der in Nr. 25 an seine Pflicht erinnert Kollege heißt nicht Roger, sondern Ludwig Rager.

Bütschenbach. Für die beim Sprengen verunglückten Kollegen sind folgende Unterstützungen eingetroffen: Kappelrodt 138 Mk., Raumünzsch 132 Mk., Peterzell 46 Mk., Hornberg 29 Mk., Seebach 21 Mk., Bühlertal 15 Mk. Im Namen der Hinterbliebenen den Gebern besten Dank. W. Bauer, Kassierer.

Zahlstelle Oberstadt. Sonnabend, den 11. Juli, mittags 2 Uhr: Wichtige Versammlung im Gewerkschaftshause Darmstadt. Alle Kollegen zur Stelle!

### Adressenänderungen.

1. Gau (N.-W.): Begeßel. Kass.: Nikol. Wessel, Kirchenstr. 11. — Bremen. Vorj.: August Böppe, Kornstraße 185, I. — Aurich. Vorj. und Kass.: Georg Göh, Nürnberger Str. 5.
4. Gau: Nordhausen a. Harz. Vorj.: Richard Hübner, Taschenberg 6.
6. Gau: Raumünzsch. Kass.: Kaver Eib. — Seebach. Vorj.: Karl Höll. Kass.: Josef Gründel sen. — Siedelsbrunn. Vorj. und Kass.: Hans Schmitt V, Unter-Absteinach (Obenwald).
7. Gau: Weihenstadt. Vorj.: Johann Schöber, Breite Straße.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

Paul Jech: „Das törichte Herz“. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Ganzleinen 5.25 Mk. Paul Jech hat ein neues Buch herausgegeben, das der Verlag J. H. W. Dieck Nachf. entsprechend ausgestattet. Dieses Buch ist etwas mehr als ein Meilenstein auf dem Wege der Entwicklung des Dichters, denn es führt uns den Erzähler Jech in einer ganz seltenen Reinheit und Reife vor. „Das törichte Herz“ benennt er die vier Geschichten, aus deren Stoff und Form mehr, viel mehr spricht, als man sich bequem wird, vorläufig zuzugeben.

Dr. Karl Renner. „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“. Ganzleinen 8.— Mk. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68. Die allgemeine Lehre vom Mehrwert und dessen Rolle im Produktionsprozess ist oft und gut, aber der wirtschaftliche Zirkulations- und Konsumprozess nur selten und höchst unvollkommen dargestellt,

eine brauchbare Uebersicht jedoch über den Gesamtprozess der Wirtschaft fehlte bisher beinahe ganz. Selbst belebte Marxisten veraten daher oftmals einen qualenden Mangel an Kenntnis der Zusammenhänge, die sich aus dem Gesamtprozess der Wirtschaft ergeben, und in der Bewegung des Proletariats sind grundlegende Irrtümer über diesen Gesamtprozess bedauerlicherweise früher praktisch geworden als manche Wahrheit, die wir der Marxischen Denkart danken. Das neue Buch des Genossen Renner will also eine längst fällige Aufgabe lösen, dabei zugleich eine theoretische Lücke ausfüllen und einem praktischen Bedürfnis gerecht werden. Wir empfehlen es allen, die mit uns der Meinung sind, daß nur aus genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Arbeiterklasse zu praktischer, sozialistischer Politik kommen kann.

Politische Kaffeehäuser. Von Heinrich Cunow. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Ganzleinen 2.30 Mk. Heinrich Cunow — einer der besten Kenner dieses geschichtlichen Stances — hat uns einen ausgezeichneten neuen Beitrag zur Geschichte der großen französischen Revolution geliefert. In seinem Büchlein „Politische Kaffeehäuser“, das den Untertitel führt „Pariser Silhouetten aus der großen französischen Revolution“ gibt er weit mehr, als der interessante Buchtitel ohnehin erwarten läßt. Das ist nicht tote Geschichte, die an Neugierigkeiten, Daten und Zahlen klebt. Lebendiges Leben und Werden jener aufgewühlten Zeit steigt vor uns auf. Wir fühlen uns mitten hineinversetzt in die debattierenden Gruppen und politischen Klubs von Paris.

Die glänzende, lebendige Darstellungsweise, die vorzüglich wiedergegebenen zeitgenössischen Stücke, wie überhaupt die gediegene Ausstattung geben dem Buch, das durch sein Stoffgebiet heute außerordentlich aktuell ist, noch besonderen Wert.

Die Internationale und Sowjetrußland. Die Rückkehr und „Benadigung“ des verbannten gewesenen Trotzk und manche politische Wandlungen, zu der sich die Bolschewiki in der letzten Zeit gedrängt haben, lenken die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterwelt wieder in erhöhtem Maße auf Rußland. Im Zusammenhang damit interessiert — gleichwie man zum russischen Problem stehen mag — eine neue Schrift Karl Kautskys „Die Internationale und Sowjetrußland“ (Preis kartoniert 75 Pfg., Ganzleinen 2 Mk.), die joesen im Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin, erschienen ist.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat. Von Ernst Nitsch. Heft 1 der Schriftenreihe „Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft“. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. Preis postfrei 50 Pfg., 10 Stück 4 Mk. ujm.

Das Problem des Achtstundentages von Albert Kranoib, Verlag Gewerkschaftsarchiv Jena. Preis brosch. 3.60 Mk., geb. 4.80 Mk. Die Bezüher der Zeitschrift, des Gewerkschafts-Archives, erhalten dieses Werk und auch die folgende Schriftenreihe des G.-A. zum halben Ladenpreis. — Die Schrift ist eine scharfe Waffe im Kampfe um den Achtstundentag. Aus dem Inhaltsverzeichnis haben wir hervor: Vorwort — Grundtägliche Betrachtungen über die Problemstellung — Die sozialen und kulturellen Gründe der Forderung nach dem Achtstundentag — Die Unterscheidung zwischen Maximalarbeitszeit und Normalarbeitszeit — Das Verhältnis der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung — Sozialpolitische Schlussfolgerungen aus der arbeitswissenschaftlichen Untersuchung des Verhältnisses der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung. — Es ist nach unserer Kenntnis das Beste und Tiefgründigste, das bisher über den Achtstundentag geschrieben wurde. Wir behalten uns vor, auf den Inhalt noch zu sprechen zu kommen. Die Anschaffung kann unseren Zahlstellen und Funktionären nur empfohlen werden.

### Anzeigen

Berlin. Achtung! Berlin. Steinsetzer und Berufsgenossen! Am Sonntag, dem 6. Juli, vormittags 1/10 Uhr, findet in den Musikerkasernen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine Mitgliederversammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen von Berlin und Umgegend statt, zu der wir alle nichtorganisierten Steinsetzer, Steinschläger und Rammer als Gäste laden. Syndikalistinnen haben keinen Zutritt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Lohnverhandlung, 2. Gewerkschaftliches, 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit dieser Versammlung erwarten wir bestimmt, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen und dafür sorgen, daß auch die unorganisierten Kollegen geladen werden. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gust Nitsche.

Berlin :-: Werksteingruppe Am Dienstag, 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5 Versammlung aller der Werksteingruppe Berlins zugehörigen Steinmetzen und Hilfsarbeiter. — Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Steinsetzer 25 bis 35 Jahre, zuverlässig, selbständiger Arbeiter, in Dauerstellung für Gemeindefabrik sofort gesucht. Schriftliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Lohnanspruch an den Stadtrat Roßwein (Sa.), Stadtbauamt.

Zwei tüchtige zuverlässige Steinsetzer sofort gesucht, die gewohnt sind, nur sauber und selbständig zu arbeiten. Friedr. Ruokdeschel, Pfistermeister Selb in Bayern.

Eine Anzahl tüchtiger Steinmetzen für dauernde Beschäftigung stellen ein Zeldler & Wimmel Kirohelm bei Würzburg.

Schriftenhauer Sandstein-Muschelkalk-Steinmetzen nur erste Kräfte, sofort gesucht. Dauerstellung. Tarifgrundlohn 1.20 Mk. J. G. Rechtiglaub Nachf., Lübeck, Jersaltdorfer Allee 54.

3 Steinbrecher (Schrotar) und 6-8 tüchtige Steinmetzen auf heilb mittelkörnigen Granit finden sofort dauernde Beschäftigung (Akkord) Löhne nach Tarif. Emil Vates, Steinbruchbetrieb Höchstädt-Thierstein (Oberfr.).

Pflasterhämmer sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag. Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Mehrere tüchtige Sandsteinmetzen stellt noch ein Carl Schilling, Hausteinwerke Wünschelburg i. Schles.

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik etwangelandt werden. In Gröningen am 3. Juni der Steinsetzer Wilhelm Müller, 65 Jahre alt, Magenkrebs. In Hobburg am 12. Juni der Pflastersteinmacher Richard Kruse, 56 Jahre alt, Aderbruch. In Halberstadt am 15. Juni der Steinsetzer Friedrich Kömmling, 62 Jahre alt, Arterienverkalkung. In Freiburg i. Br., am 17. Juni der Steinmetz Wilhelm Sturm, 53 Jahre alt, Lungenlähmung. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.